

asiatimes.com

Neue Politik versucht, einen "aktiven Beitrag" zur Gestaltung der Ordnung in der Region zu leisten - eine Sprache, die China verärgern wird

In einem Schritt, der China zu ärgern verspricht, ist Deutschland offiziell dem geopolitischen Club "Indopazifik" beigetreten, wie in einer neuen 40-seitigen Richtlinie dargelegt. Mit diesem Dokument ist Deutschland neben Frankreich die zweite europäische Nation, die eine formelle Strategie für die Region verabschiedet hat.

Obwohl Deutschland in Donald Trumps neuem Kalten Krieg gegen China nicht Partei ergreift, setzt es seine Interessen in Ostasien nun, dem deutschsprachigen Dokument nach zu urteilen, eindeutig offener und energischer durch.

In der am 2. September veröffentlichten Leitlinie heißt es, Deutschland wolle "eine europäische Strategie für den Indopazifikraum fördern", wo es "einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der internationalen Ordnung im Indopazifikraum" leiste.

In einer dünn verhüllten Kritik an Chinas Zwangsdiplomatie in der Region betont die deutsche Politik die Bedeutung der "Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten durch diversifizierte Partnerschaften".

Auch das europäische Powerhouse unterstrich, dass es "intensiver mit den Ländern der Region zusammenarbeiten will, sei es zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten" und dass der "sicherheitspolitische Sektor in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle" spiele.

Unter Trump hat Washington eine zunehmend aggressive "Free and Open Indo-Pacific"-Strategie (FOIP) angenommen, eine Kombination aus aggressiver Diplomatie und erweiterten Militäreinsätzen, um Chinas wachsende Ambitionen in den angrenzenden Gewässern und darüber hinaus einzudämmen.

Japan, Australien und Indien haben vor allem den härteren neuen Ansatz Amerikas gegenüber China begrüßt, der sich in einer wachsenden strategischen und militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des losen Bündnisses der Quadrilateralen (Vierergruppe) niederschlägt.

Großbritannien und Frankreich haben auch ihre Verpflichtung bekräftigt, die Freiheit der Navigation und des Überflugs - zusammen mit einer breiten liberalen Ordnung - über den Indischen und Pazifischen Ozean zu erhalten und zu fördern, wo beide große territoriale und strategische Interessen haben.

In den letzten Jahren haben beide europäischen Mächte im Pazifischen und im Indischen Ozean umfangreiche Seeschiffahrtsübungen, auch mit Quad-Partnern, durchgeführt. Dazu gehörten auch Manöver im heiß umkämpften Südchinesischen Meer.

Deutschland seinerseits drängt nun auf ein einheitliches Auftreten innerhalb der Europäischen Union und betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit sowie die Stärkung des regionalen Multilateralismus durch den 10 Mitglieder umfassenden Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

China spürt offenbar die sich wandelnden Strömungen.

"Veränderungen zeichnen sich am Horizont ab, und die Beziehungen zwischen China und Europa werden vielleicht nie mehr dieselben sein", schrieb ein chinesischer Experte für die kämpferische, staatlich unterstützte Zeitung Global Times. Er betonte in dem Artikel, dass Deutschland "darauf hoffen kann, dass einige seiner Investitionen und Geschäfte von China nach Indien oder in ein südostasiatisches Land verlagert werden".

Die Ankündigung Deutschlands erfolgte kurz nach der Tournee des chinesischen Außenministers Wang Yi durch die wichtigsten europäischen Hauptstädte, bei der Chinas Spitzendiplomat von seinen verschiedenen Gastgebern hart befragt wurde.

Während italienische und französische Beamte in Hongkong und Xinjiang Bedenken über Chinas Menschenrechtsbilanz in Hongkong und Xinjiang äußerten, brachte der deutsche Außenminister Heiko Maas die Drohungen seines chinesischen Amtskollegen gegen europäische Beamte in den letzten Monaten zur Sprache.

Die Spannungen sind angesichts des hochrangigen Besuchs des tschechischen Senatspräsidenten Milos Vystrcil in Taiwan, der die Zusammenarbeit stärken und die Wirtschaft inmitten der Pandemie fördern wollte, gestiegen.

Als Reaktion darauf warnte Chinas Spitzendiplomat die europäische Delegation davor, "einen hohen Preis" für ihre "Provokation" und Verletzung der "Ein-China"-Politik zu zahlen, da Taiwan ein "untrennbarer Teil Chinas" sei. China betrachtet Taiwan als eine abtrünnige Provinz, die mit dem Festland "wiedervereinigt" werden müsse.

Der Besuch von Vystrcil war nach dem Besuch des US-Gesundheitsministers Alex Azar im vergangenen Monat der zweite hochrangige Besuch einer westlichen Nation auf der selbstverwalteten Insel in den letzten Wochen.

Obwohl Deutschland Europas führende Wirtschaftsmacht ist, hat es in den letzten Jahrzehnten sein geostrategisches Gewicht deutlich unterschritten.

Vom drittgrößten Militär der Welt in den 1980er Jahren mit Hunderttausenden von Truppen, die zur vollständigen Mobilisierung bereitstanden, erlebte Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung mit Ostdeutschland eine dramatische Reduzierung seiner militärischen Fähigkeiten.

Dies hatte zur Folge, dass Deutschland trotz seiner zentralen Rolle innerhalb der EU und trotz massiver wirtschaftlicher Ressourcen nur relativ begrenzt in der Lage war, Macht nach Übersee zu projizieren.

Tatsächlich war das Thema ein wichtiger Streitpunkt mit den aufeinander folgenden US-Regierungen, die Berlin dazu veranlasst haben, seine Kapazitäten auszubauen und proaktiver zu den internationalen Operationen der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) beizutragen.

"Deutschland zieht sein Gewicht nicht ...[auch] nicht in der Sicherheitspolitik im weiteren Sinne der Welt", argumentierte der deutsche Experte und Historiker Adam Tooze. Wenn Deutschland ein wachsendes Interesse an Sicherheitsfragen bekundete, konzentrierte es sich in der Regel auf die Bedrohung, die von Russland und nicht von China ausgeht.

Noch 2018 sagte ein hochrangiges Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages zu diesem Autor: "Unsere vorrangige geopolitische Sorge gilt nach wie vor Moskau und seiner wachsenden Durchsetzungskraft in Osteuropa".

Große wirtschaftliche Interessen sind auch im Spiel, da Deutschland ein wichtiger Exporteur nach China ist, mit einem bilateralen Handelsvolumen von über 200 Milliarden Euro im Jahr 2018, so das Auswärtige Amt. Kritiker haben daher argumentiert, Berlin habe eine zu vorsichtige Haltung eingenommen, um seine lukrativen Beziehungen zu Peking zu erhalten.

Gleichwohl hat Deutschland in sensiblen geopolitischen Fragen zunehmend eine prinzipientreue Haltung eingenommen. Im Jahr 2015 sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren chinesischen Gastgebern, dass der "Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer" einen "ernsten Konflikt" darstelle, der völkerrechtlich behandelt werden müsse.

"[W]ir wünschen uns, dass die Seehandelswege frei und sicher bleiben, weil sie für alle wichtig sind", sagte der deutsche Regierungschef. Merkel betonte seinerzeit auch die Bedeutung von "multinationalen Gerichten" und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit als "Option für eine Lösung" von Seestreitigkeiten.

Dies wurde als implizite Unterstützung für die von den Philippinen in Den Haag gegen China eingereichte Schiedsklage angesehen, die Manila schließlich im Juli 2016 gewann.

Bei dieser Gelegenheit überreichte Merkel eine Karte von China aus dem frühen 18. Jahrhundert, die Pekings "historische" Ansprüche sowohl auf Taiwan als auch auf den größten Teil des Südchinesischen Meeres grafisch in Frage stellte.

Die wahrnehmbare Positionsverschiebung Deutschlands steht im Einklang mit den Bemühungen Berlins, Gestaltungsmächte zu werden, was die Herstellung von "Ordnung" in Schlüsselregionen der Welt ermöglicht, die für Europa von primärer strategischer Bedeutung sind.

Als wichtige Exportnation läuft ein bedeutender Teil des deutschen Handels über umkämpfte Gewässer im Indopazifik. Im Jahr 2016 exportierte Deutschland Waren im Wert von bis zu 117 Milliarden US-Dollar über das umkämpfte Südchinesische Meer.

Inmitten der zunehmenden Spannungen in der Region hat Deutschland Berichten zufolge erwogen, Kriegsschiffe zur Unterstützung der US Freedom of Navigation Operations zu entsenden. Durch die Annahme einer neuen strategischen Doktrin im Indopazifik könnte Deutschland über seine historische Rolle hinaus bald zu einem proaktiveren strategischen Akteur in Ostasien werden.

"Unser Wohlstand und unser geopolitischer Einfluss in den kommenden Jahrzehnten werden davon abhängen, wie wir mit den Ländern des Indopazifikraums zusammenarbeiten", sagte Außenminister Maas und unterstrich das wachsende Interesse Deutschlands, eine führende Rolle über die unmittelbare Nachbarschaft Europas hinaus zu spielen.

"Dort wird mehr als anderswo über die Gestaltung der internationalen, auf Regeln basierenden Ordnung von morgen entschieden werden. Wir wollen dazu beitragen, diese

Ordnung so zu gestalten, dass sie auf Regeln und internationaler Zusammenarbeit beruht und nicht auf dem Gesetz des Stärkeren", so Maas weiter.

[Germany wades into the Indo-Pacific fray](#)

Übersetzt mit Hilfe von DeepL.com